

frei.hessen



JUNI 2018, 1. AUSGABE

MAGAZIN VON PARTEI UND FRAKTION DER FREIEN DEMOKRATEN HESSEN



**Ein Land
in den Startlöchern**

Hessen braucht neue Impulse

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die Idee der Freiheit ist ansteckend. Wir alle kennen das Gefühl, etwas ausprobieren zu wollen, auch wenn wir nicht wissen, ob es funktioniert. Obwohl jede Idee vom Gedanken des Scheiterns begleitet wird, entscheiden wir uns häufig für das Mutigsein und das Ausprobieren, weil jedes Ergebnis zu einer neuen Erkenntnis führt. Freiheit ist der Ursprung des Fortschritts.

Wir leben aber in einer Zeit, in der viele Menschen den Wert der Freiheit nicht mehr wertschätzen, weil sie Unfreiheit niemals kennengelernt haben. Für eine Partei, die den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellt und sich für seine Freiheitsrechte einsetzt, ist dies eine Herausforderung. Keine leichte, aber eine, für die es sich zu kämpfen lohnt. Vor diesem Hintergrund verwundert es auch nicht, dass uns Freien Demokraten gerne unterstellt wird, dass wir gegen den Staat seien. Das Gegenteil ist der Fall: Wir sind für einen starken Staat, aber wir definieren ihn anders. Wir wollen einen Staat, der in die zentralen Lebensbereiche Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung investiert und die Durchsetzung des Gewaltmonopols sicherstellt. Wir treten dafür ein, dass der einzelne Mensch sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten kann. Einen Staat, der mit Verboten in das Privatleben der Bürgerinnen und Bürger eingreift, sie mit Bürokratie gängelt und ihnen mit einer hohen Steuer- und Abgabelast Gestaltungsmöglichkeiten nimmt, lehnen wir ab.

Um die Verteidigung dieses Menschenbildes geht es auch bei der Landtagswahl am 28. Oktober. Wir Freie Demokraten treten an, um Hessen zu verändern. Wir wollen mit unserem Spitzenkandidaten René Rock die Qualität der frühkindlichen Bildung verbessern, weil sie die Grundla-



gen für die weitere Entwicklung und Laufbahn unserer Kinder legt. Hessen muss moderner und mobiler werden. Dafür brauchen wir eine digitale Infrastruktur und bessere Straßen, damit wir nicht immer länger in der Warteschlange bei Behörden gängen in Amtsstuben oder in Staus auf überfüllten Autobahnen stehen müssen. Uns muss allen klar sein, dass wir jetzt die Grundlagen legen müssen, um in Zukunft erfolgreich zu sein. Mit der HessenAgenda 2030 haben wir unseren Gestaltungswillen dokumentiert. Sie ist ein Angebot, mit uns gemeinsam Zukunft zu gestalten. Wie in Berlin gilt auch in Hessen: Wenn die Bereitschaft zu einem Politikwechsel nicht vorhanden ist, werden wir unsere Inhalte nicht für ein Regierungsbündnis opfern, von dem keine wegweisenden Impulse für unser Land zu erwarten sind.

Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Ihnen.

IHR

DR. STEFAN RUPPERT, MDB
LANDESVORSITZENDER DER FDP HESSEN



facebook.com/fdphessen



twitter.com/fdphessen



Sie können frei.hessen auch online lesen:
fdp-hessen.de/frei-hessen/



4

Hessen im Gespräch

4

Hessen im Gespräch

TITELTHEMA von Till Mansmann, MdB

14

Die Wende ist fällig

FREMDE FEDER von Wolfgang Clement

8

Hessens Verfassung ins digitale Zeitalter führen

SCHWERPUNKT

15

Pinnwand

KURZ UND BÜNDIG

10

#Ideen für Hessen

LANDESPARTEITAG von Oliver Stirböck

16

Solidarität braucht Freiheit

INTERVIEW von André Uzulis mit René Rock

12

Mit Blockchain in die Champions League

SPECIAL von Bettina Stark-Watzinger, MdB

IMPRESSUM

HESSEN IM GESPRÄCH

Von Till Mansmann, MdB



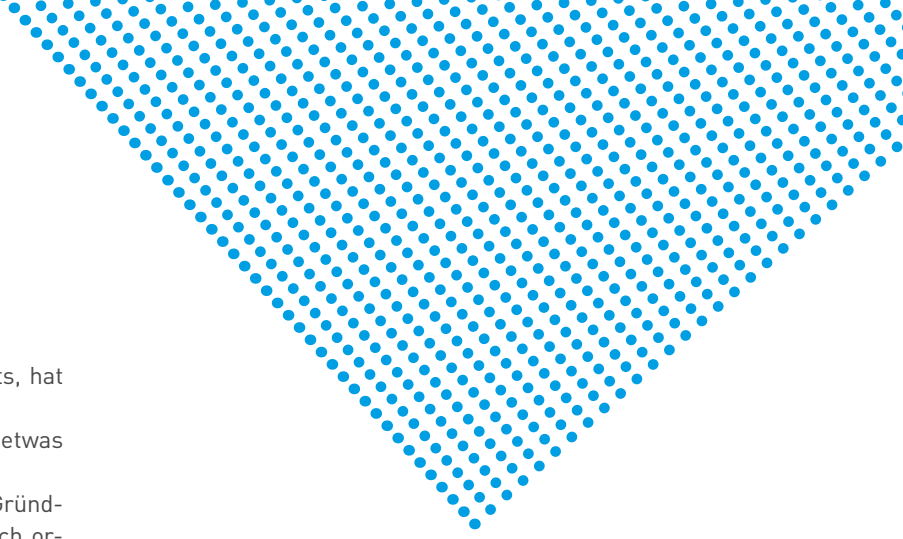
© g-stockstudio / iStock / Gettyimages

Das folgende Gespräch hat so nie stattgefunden. Es ist fiktiv. Auch die an diesem Gespräch beteiligten Personen sind frei erfunden.

Die Kernaussagen, Sorgen und Wünsche der fünf Wähler sind aber Originalzitate. Sie stammen aus verschiedenen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit denen ich in den vergangenen Wochen und Monaten gesprochen und diskutiert habe.

Frau Mittelhessen: Soll ich beginnen und erstmal etwas über mich erzählen?

Also ich komme aus Schleswig-Holstein und bin für das Studium nach Hessen gezogen. Die Bildungssituation finde ich eigentlich ganz gut. An der Uni hier bin ich sehr zufrieden. Bildung ist ein Zukunftsthema und Digitalisierung ist schon wahnsinnig wichtig – das haben die hier verstanden.



Dr. Westhessen-Nassau: Von Nichts kommt nichts, hat man mir beigebracht.

Fräulein Nordhessen: Dazu würde ich auch gerne etwas sagen.

Dr. Westhessen-Nassau: Wissen Sie, Fleiß und Gründlichkeit haben Deutschland reich gemacht. Wer sich ordentlich angestrengt und gute Leistungen gebracht hat, wurde dafür belohnt. So einfach war das. Ich bin sehr stolz auf das, was ich mir geschaffen habe. Ich habe immer gut verdient – aber auch immer hart dafür gearbeitet.

Heutzutage glauben viele Menschen, dass sie sich Dinge einfach nehmen können, die andere Menschen hart erarbeitet haben. Heute verfallen die Werte. Viele Menschen stellen Ansprüche, die sie durch eigener Hände Arbeit nicht erworben haben. Sie wissen immer ganz genau, was ihnen zusteht – haben aber vergessen, dass man sich Wohlstand selbst erarbeiten muss.

Das gilt insbesondere für die Migranten, von denen viele nicht mit Leistung, sondern mit Leistungsbezug am staatlichen Wohlstand teilhaben wollen. Das kann so nicht funktionieren!

Frau Mittelhessen: Ich finde gefährlich, wie Sie sprechen. Das sind doch Klischees.

Professor Südhessen: Mir ist durchaus bewusst, dass ich in einer privilegierten Lage bin und deshalb etwas gelassener argumentieren kann – aber ich habe wirklich Freude an meiner Arbeit. Geld ist mir dabei gar nicht so wichtig. Deshalb gebe ich gerne etwas von unserem Wohlstand ab, wenn es anderen Menschen hilft.

Dr. Westhessen-Nassau: Das, was man abgeben will, muss man sich erst einmal verdienen.

Herr Rhein-Main: Sie haben grundsätzlich Recht. Aber das klingt alles sehr theoretisch. Wenn wir uns einem ganz praktischen Problem widmen wollen, sollten wir mal über den mangelnden Wohnraum in unseren Städten sprechen. Und die Mietpreisbremse. Die ist in meinen Augen komplett gescheitert und hat gar nichts gebracht. Die Idee, dass man Preise verordnen könnte, musste scheitern. Das war mir von Anfang an klar, das konnte nicht gutgehen. Jeder, der sich auch nur ein bisschen mit Wirtschaft auskennt, weiß, dass man Preise nicht vorschreiben kann.

Fräulein Nordhessen: Mit solchen Weisheiten belehren mich meine Eltern auch gerne (lacht).

Herr Rhein-Main: Bis heute gibt es zu wenig Wohnraum, weil der Wohnungsbau über Jahre hinweg vernachlässigt wurde. Und weil es zu wenig Wohnraum gibt, steigen die Preise. Das ist eine einfache Gleichung und die Konsequenz aus Angebot und Nachfrage.

Die Mietpreisbremse jedenfalls hat nicht dazu geführt, dass mehr gebaut wird. Hier fehlen in meinen Augen deutlichere Anreize, die die Politik definieren müsste. Anders herum wird ein Schuh daraus: Man muss das Angebot erhöhen, also die Privatwirtschaft dazu anregen, mehr zu bauen, dann sinken auch wieder die Preise.

Frau Mittelhessen: Also bei mir war es nicht so schwierig, ein WG-Zimmer zu finden in Gießen. Das Einzige, was mich wirklich nervt, ist das langsame Internet. Keines der Versprechen der Politik ist bis heute umgesetzt. Ich habe im letzten Jahr Urlaub im Mekong-Delta gemacht, da gab es bessere Netzabdeckung als in Flensburg oder Gießen! Wenn Sie das jemandem erzählen, glaubt Ihnen kein Mensch. Deutschland gilt überall noch als Vorzeigeneration. Wenn die wüssten! Für meine Studi-WG haben wir uns das größte Internetpaket gebucht – aber Netflix können wir immer noch nicht ordentlich streamen. Das kann doch eigentlich nicht sein im Digitalzeitalter.

Fräulein Nordhessen: Für mich beschreiben Sie Probleme aus einer anderen Welt. Als alleinerziehende Mutter kämpfe ich an einer ganz anderen Front. Ich bin Krankenschwester und weiß manchmal nicht, wie ich alles schaffen soll. Nach einer anstrengenden Schicht kann ich einfach oft nicht mehr – obwohl ich meinem Sohn dann gerne noch bei den Schulaufgaben helfen würde.

Ich hätte gern studiert und habe Angst davor, dass mein Sohn auch nicht studieren kann. Es soll ihm eines Tages besser gehen als mir! Und deshalb finde ich, dass die Politik viel mehr dafür sorgen müsste, dass auch Kinder von Alleinerziehenden besser durchkommen!

Frau Mittelhessen: Mit der Digitalisierung entstehen ganz neue Möglichkeiten. Das kann auch eine große Chance für Ihren Sohn sein, die Schule mit gutem Erfolg zu schaffen, auch ohne viel Hilfe von Ihnen!

Die Digitalisierung ist ja auch eines der Hauptthemen von Christian Lindner. Der war vor einiger Zeit mal an meiner Uni und hat einen Vortrag gehalten. Ich hatte bis dahin immer gedacht, der sei eher wirtschaftsorientiert. Aber mit der Digitalisierung setzt er eindeutig den richti-

gen Schwerpunkt. Deshalb habe ich ihm bei der Bundestagswahl auch meine Stimme gegeben.

Dr. Westhessen-Nassau: Das ist ja ganz interessant, das mit der Digitalisierung. Aber auch ziemlich kompliziert. Ich mag es lieber, wenn Politiker mit klaren Worten sprechen.

Herr Rhein-Main: Ich befürchte, dass unsere Probleme auf dem Wohnungsmarkt noch größer werden, wenn einzelne Banken wegen des Brexits viele ihrer Arbeitsplätze von Großbritannien nach Frankfurt verlegen und sich dann noch mehr Menschen mit gut verdienenden Bankern messen müssen. Das wird auch die sozialen Probleme verschärfen, die wir ohnehin schon beobachten können.

Fräulein Nordhessen: Darauf sind wir nicht vorbereitet! Egal, wo Sie hinschauen: Egal ob Krankenhäuser oder Schulen – was die Infrastruktur angeht, macht die Politik einfach einen schlechten Job. Und deshalb weiß ich auch nicht, ob ich wählen gehe oder nicht. Es ändert sich ja doch nichts.

Professor Südhessen: Das ist eine sehr fatalistische Sichtweise. Im Grunde genommen geht es uns allen doch eigentlich wirklich sehr, sehr gut.

Ein anderes Beispiel: Ich verstehe alle Menschen, die sich durch den Fluglärm in unserer Region gestört fühlen. Mir geht das genauso. Aber ich freue mich auch, wenn ich vom Frankfurter Flughafen, also fast von zu Hause aus, in die ganze Welt reisen kann. Man darf die Dinge nicht immer so dramatisch einseitig sehen.

Fräulein Nordhessen: Was ist einseitig daran, dass mich die vielen Stunden nerven, die in der Schule meines Sohnes ausfallen?

Ich habe den Eindruck: Das war früher alles schon mal besser organisiert. Heute gibt es zu wenig Lehrer, die als Vertretung einspringen. Und niemand tut etwas dagegen. Stellen Sie sich mal vor, das wäre bei mir im Krankenhaus so. Wenn ein Patient stirbt, weil kein Arzt da war, würden die Menschen auf die Barrikaden gehen.

Herr Rhein-Main: Sowas Ähnliches habe ich in Frankfurt schon erlebt, allerdings aus anderen Gründen. Erinnern Sie sich noch an die Eröffnung des EZB-Neubaus? Ich denke mit Schrecken daran zurück. Da herrschte Ausnahmezustand! Hier sind Dinge passiert, die ich niemals für möglich gehalten hätte. Und ich rede nicht von den brennenden Autos am Straßenrand. Allen Bankmitarbeitern wurde zum Beispiel geraten, sich ohne Krawatten in der Stadt zu bewegen, damit wir nicht sofort als Bankmitarbeiter erkannt werden. Stellen Sie sich das mal vor! Wir mussten uns verstecken, mitten in Deutschland, weil unsere Sicherheit gefährdet war.

Dr. Westhessen-Nassau: Die Sicherheit ist auch mir sehr wichtig. Ich habe den Eindruck, das wird immer schlimmer bei uns. Und immer gefährlicher in Deutschland. Schuld daran ist die CDU. Sie hat schwere Fehler gemacht! In meiner Nachbarschaft ist letztes Jahr mehrfach eingebrochen worden – die Täter wurden nie gefasst! Das darf doch so nicht sein!

Herr Rhein-Main: Ich verstehe, was Sie meinen. Die Politik müsste einfach mehr für die Menschen tun und ihnen das Leben erleichtern.

Ich finde zum Beispiel, dass es einfacher sein müsste, Wohneigentum zu erwerben. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Land, in dem die Wohneigentumsquote traditionell sehr niedrig ist. Wir sind ein Land von Mietern – und das rächt sich jetzt. Ich zum Beispiel würde gerne ein Haus bauen oder kaufen, weil es wirtschaftlich vernünftig ist. Aber die Nebenkosten sind mir zu hoch! Wenn ich allein an die Grundsteuer denke, fühle ich mich vom Staat geschröpft. Und das als Familienvater!

Fräulein Nordhessen: ... der die Steuerzahler der Zukunft großzieht.

Frau Mittelhessen: ... und unsere Altersvorsorge sichert.

Professor Südhessen: Wir klagen auf einem hohen Niveau. Deutschland geht es besser, als viele Menschen behaupten.

Es gibt da allerdings diese eine Sache, die mich wirklich zur Weißglut treibt. Und das ist „Tareks Rache“ – so nenne ich den täglichen Stau, durch den ich mich jeden einzelnen Tag wälzen muss. Ich verliere eine Stunde meiner wertvollen Zeit, nur um von meiner Wohnung zur Universität zu kommen. Und das an jedem einzelnen Tag, weil es auch der grüne Verkehrsminister nicht schafft, die Verkehrssituation in unserer Region zu ändern. Das nervt.

Frau Mittelhessen: Mein Fahrrad wurde neulich geklaut.

Fräulein Nordhessen: Ihre Probleme möchte ich haben (lacht).

Professor Südhessen: Ich finde eigentlich, dass die Grünen gute Ideen haben, wenn es um Umwelt oder Landwirtschaft geht. Es ist traurig, dass sie trotzdem immer wieder an der Realität vorbei denken. Das gilt insbeson-

dere auch für den Energiebereich. Da bin ich ziemlich skeptisch, ob das am Ende alles so funktionieren wird.

Dr. Westhessen-Nassau: Und wovon träumen Sie eigentlich nachts?

Professor Südhausen: Ach, wissen Sie – Träumen ist schön, auch in der Politik. Aber Träumen ist auch gefährlich, wenn es nicht zur Realität passt. Ein Naturgesetz wird keine Ideologie ändern und kein Parlament. Auch mit einer Zweidrittelmehrheit nicht.

Frau Mittelhausen: Es wäre schon schön, wenn die Politik die Schwerpunkte auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts richten würde. Wir streiten uns zu oft über Dinge, die wir nicht mehr ändern können.

Herr Rhein-Main: Ich wünsche mir eine wertorientierte Politik und weiß noch nicht, wem ich meine Stimme geben werde. Die innere Sicherheit ist mir wichtig, dafür steht die CDU. Mindestens ebenso wichtig ist mir aber die wirtschaftliche Vernunft – und deshalb würde ich eher die FDP wählen, aber nicht die Grünen.

Dr. Westhessen-Nassau: Ich habe zuletzt die AfD gewählt. Nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gegen die Politik der CDU. Ändert die CDU ihren Kurs, werde ich sie wieder wählen. Die Kanzlerin muss einfach deutlich spüren, dass es jetzt langt!

Fräulein Nordhausen: Wenn ich sowas höre, gehe ich bei der nächsten Wahl doch wieder hin.

Frau Mittelhausen: Jede Stimme für die AfD ist eine verlorene Stimme, weil diese Partei zwar laut krakeelen kann, aber doch nie wirklich gangbare Lösungsvorschläge macht – da sind mir die Freien Demokraten doch viel lieber.

Und jetzt sind Sie gefragt: Was denken Sie? Was ist Ihnen wichtig? Kommen Sie mit uns ins Gespräch!



fdp-hessen.de/personen/bundestagsabgeordnete/



fdp-fraktion-hessen.de/personen/abgeordnete/

Anzeige

LOTTO hilft Hessen



* im vergangenen Jahr



[f lottohessen
www.lotto-hessen.de](https://www.lotto-hessen.de)

Hessens Verfassung ins digitale Zeitalter führen

Die Debatten im Hessischen Landtag sind selten von großer Einigkeit geprägt. Zu groß sind im Regelfall die Differenzen zwischen Regierung und Opposition. Anders im Mai 2018. „Die heutige Debatte ist historisch!“ Jörg-Uwe Hahn, seit mehr als 30 Jahren Mitglied des Hessischen Landtags, steht am Rednerpult und ist sichtlich stolz – stolz auf den Landtag, aber vor allem auf die Arbeit der Fraktion der Freien Demokraten.

Auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung stehen die dritten Lesungen von insgesamt 15 Gesetzesentwürfen, diese haben die Fraktionen von CDU, SPD, Grüne und FDP gemeinsam eingebracht und können mit entsprechender Mehrheit heute vom Hessischen Landtag verabschiedet werden. Es sind Gesetzesentwürfe zur Änderung der Hessischen Verfassung. „Wir haben heute die umfangreichste Verfassungsreform in der Geschichte Hessens auf den Weg gebracht. Jetzt müssen die Bürgerinnen und Bürger in Hessen ihre

Zustimmung geben“, sagt Hahn, als er aus dem Plenarsaal tritt.

Seit ihrer Verabschiedung im Dezember 1946 wurde die Verfassung des Landes Hessen weder neu gefasst noch umfassend reformiert. In 72 Jahren gab es nur acht Änderungen. Da verwundert es nicht, dass sie mittlerweile in die Jahre gekommen ist. Und das nicht nur, weil sie noch die Todesstrafe kennt. Auch darüber hinaus ist Hessens Verfassung mehr ein historisches Dokument, das eine vollkommen veraltete Rechtslage abbildet und auf diverse verfassungsrechtliche Fragestellungen keine Antwort parat hat.

Ein modernes Hessen braucht eine moderne Verfassung

Damit Hessens Verfassung gültige Rechtssätze für seine Bürgerinnen und Bürger, für die Staatsorganisation und

das Verhältnis der Gewalten untereinander geben kann, setzte der Landtag im März 2016 die Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ ein. Den vom Hessischen Landtag angestoßenen Reformprozess hatten die Freien Demokraten von Anfang an begrüßt und im Fortgang maßgeblich gestaltet. Vertreten durch den ehemaligen Justizminister des Landes Hessen, Jörg-Uwe Hahn, erarbeitete die Fraktion zahlreiche Vorschläge, wie eine moderne Verfassung des Landes Hessen ausgestaltet sein sollte. „Unser Ziel war immer eine umfassende Reform, die die Hessische Verfassung von ihren nicht mehr zeitgemäßen Vorschriften befreit, die Grundlage für eine moderne Staatsstruktur schafft und den Menschen in Hessen mehr Bürgerrechte zuerkennt“, so Hahn.

Dieses Ziel ist erreicht – zumindest vorerst. Der Landtag wird den hessischen Bürgerinnen und Bürgern 15 Reformvorschläge vorlegen, über die sie parallel zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 abstimmen sollen. Dabei sollen nicht nur endlich die Todesstrafe aus der Hessischen Verfassung gestrichen und das passive Wahlrecht zum Hessischen Landtag auf 18 Jahre gesenkt, sondern zahlreiche weitere Rechte und Staatsziele aufgenommen werden.

Moderner Staat und mehr Bürgerrechte

Eine der wesentlichen Neuerungen stellt der von den Freien Demokraten initiierte Artikel 12a dar. Dieser sieht ein Datenschutzgrundrecht und ein Computergrundrecht vor. „Ich freue mich, dass wir die übrigen Fraktionen von unserer Idee haben überzeugen können. Der Artikel dient dem Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter und hilft, die Computer der Bürgerinnen und Bürger vor heimlichen Zugriffen zu bewahren“, so Hahn. Auch über die ebenfalls auf Vorschlag seiner Fraktion erfolgte Aufnahme des Staatsziels Infrastruktur ist Hahn glücklich. Das Staatsziel sei geeignet, den Straßen- und Breitbandausbau zu forcieren und ermögliche damit den Menschen in Stadt und Land Chancengerechtigkeit.

Ein weiterer Reformvorschlag, der auf eine Initiative der Freien Demokraten zurückgeht, ist die Senkung der Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen. „Wir möchten die Menschen an Entscheidungsprozessen stärker beteiligen und zugleich verhindern, dass sich organisierte Minderheiten gegen die schweigende Mehrheit durchsetzen“, erklärt Jurist Hahn. Deshalb sollen künftig schon Unterschriften von 5 Prozent – statt wie bisher von 20 Prozent – der Stimmberechtigten ausreichen, um eine Volksabstimmung zu erwirken. Die Volksabstimmung soll dann erfolgreich sein, wenn die Mehrheit der abgegebenen Stimmen für die Abstimmung votiert und zugleich 25 Prozent der Wahlberechtigten repräsentiert.

Amtszeitbegrenzung und Stärkung der Opposition bleiben auf der Strecke

Längst nicht alle der über 250 von der Enquetekommission vorgeschlagenen Ideen haben es auf die Liste der gemeinsamen Reformvorschläge des Landtags geschafft. Die Freien Demokraten hatten sich vor allem für zwei weitere Neugestaltungen stark gemacht. „Um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und keine Kluft zwischen Volk und Volksvertretern aufkommen zu lassen, wollen wir die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei Amtszeiten begrenzen“, erläutert Hahn den Vorstoß. Darüber hinaus will seine Fraktion die Parlamentsminderheitenrechte stärken, indem die Opposition als grundlegender Bestandteil der parlamentarischen Demokratie anerkannt werden soll. „Das Parlament kontrolliert die Regierung. Aber es ist die Opposition, die diese für die Demokratie herausragend wichtige Aufgabe wahrnimmt. Bislang kennt die Hessische Verfassung aber keine Minderheitenrechte. Diesen Konstruktionsfehler wollen wir beheben“, erklärt er. Mit beiden Vorschlägen haben sich die Freien Demokraten nicht durchsetzen können, weshalb die Fraktion zwei weitere Gesetzentwürfe in das Verfahren geschickt hat. Auch wenn beide Gesetze heute keine Mehrheit gefunden haben: Die kleinste Fraktion des Hessischen Landtags zeigt sich zufrieden. „Wir wollten kein Reförmchen, sondern eine Reform, die den Namen verdient. Dieses Ziel haben wir parlamentarisch erreicht“, betont Hahn. Die gesammelten Reformvorschläge hat er unter dem Arm klemmen: „Diese Entwürfe – insbesondere die von uns initiierten Vorschläge für ein Digitalisierungsgrundrecht und für ein Staatsziel Infrastruktur – sind geeignet, um unsere Hessische Verfassung in das digitale Zeitalter zu führen. Sie bieten einen Mehrwert für jede Bürgerin und jeden Bürger in Hessen.“ Davon überzeugt, werden die Freien Demokraten nun kräftig die „Werbetrommel“ rühren. Bis zur Volksabstimmung am 28. Oktober geht es darum, die Bürger über die geplanten Verfassungsänderungen zu informieren und um Zustimmung zu werben. Denn erst dann werden die Arbeit der Enquetekommission, des Landtags, der Fraktion der Freien Demokraten und die gesamten Kraftanstrengungen Hahns auch praktische Wirkung entfalten können.



verfassung-hessen.de
(voraussichtlich ab Mitte Juli 2018 erreichbar)



© Jürgen Lecher

#IdeenFürHessen

Hessen in den Änderungsmodus setzen

Von Oliver Stirböck

Hessen ist eine wirtschaftlich starke Region. Doch der Schein trügt. Das Wachstum des Landes ist in den letzten Jahren oft hinter den Bundesschnitt zurückgefallen. In den einschlägigen Bildungsrankings liegt Hessen ebenfalls bestenfalls im Mittelfeld. Bei der Digitalisierung haben das Baltikum, Rumänien und Bulgarien das Bundesland überholt. Die Straßen sind marode. „Hessen liegt in der Mitte Europas. Aber Mittelmäßigkeit kann nicht unser Anspruch sein“, war deshalb der große Konsens des Programmparteitags der FDP Hessen Ende April in Wetzlar.

Diesen Wunsch nach einer neuen Dynamik formulierte auch Landesvorsitzender Dr. Stefan Ruppert: „Eine Koalition mit uns gibt es nur, wenn sich in Hessen etwas ändert.“ Unter Schwarz-Grün stagniere das Land. Mit einem rund 100-seitigen Wahlprogramm voller Ideen der Mitglieder will die Partei Hessen in den Änderungsmodus setzen. Der Landesparteitag beriet allein rund 140 Änderungsanträge zum Programm. Schon zuvor hatte jedes einzelne Mitglied die Möglichkeit, an einer virtuellen Programmdebatte mit eigenen Änderungsvorschlägen teilzunehmen. Der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Lenders erkannte darin den Charakter der FDP als „Mitmachpartei“.

Ihren Veränderungswillen zeigte die FDP besonders deutlich bei den Themen Bildung, Wirtschaft und Digitalisierung. „Das Bildungsthema ist das Thema, an dem wir Zukunft gestalten werden oder an dem wir abgehängt werden“, richtete der Spitzenkandidat der FDP zur Landtagswahl und Fraktionsvorsitzende René Rock einen dra-

omatischen Appell an die Hessen. Um die frühkindliche Bildung zu stärken, wollen die Liberalen unter anderem für 7.000 neue Erzieher in den kommenden fünf Jahren sorgen. Die schwarz-grüne Koalition schaffe hingegen Kindergartenbeiträge ab, anstatt die Qualität der frühkindlichen Bildung zu erhöhen. Die Parteitagsdelegierten wollen zudem Informatik als Unterrichtsfach einführen. Für Qualität statt Kostenloskultur votierten die Delegierten auch bei der universitären Bildung: Auf Antrag der Jungen Liberalen stimmte der Parteitag für die Einführung so genannter nachgelagerter Studiengebühren, die fällig werden, wenn ehemalige Studenten ausreichend verdienen. In der Wirtschaftspolitik will die FDP Hessen wieder zum Wirtschaftswachstumsland Nummer 1 in Deutschland machen. Da sich die Freien Demokraten als „Fortschrittspartei“ verstehen, wollen sie das Land vor allem bei digitalen Schlüsseltechnologien voranbringen. Ihr Fortschrittsglaube drückt sich auch in der Verkehrspolitik aus. Die Partei will etwa die Herausforderungen an das wachsende Mobilitätsbedürfnis nicht nur durch den klassischen Individualverkehr befriedigen, sondern setzt auf selbstfahrende Autos, Carsharing und „stärker als bisher“ auf einen modernen öffentlichen Nahverkehr. Sie nimmt damit eine Neujustierung ihrer Verkehrspolitik vor.

Rock formulierte den Anspruch, das Landtagswahlprogramm solle ein Regierungsprogramm werden. Mit wem selbiges aber umgesetzt werden soll, vermochte der Spitzenkandidat noch nicht zu sagen. Ministerpräsident Bouffier attestierte der Partei einen fehlenden Gestaltungswillen. Die Hessen-SPD gilt vielen als sehr links. Sie habe ihr „Bad Godesberg“ noch vor sich, heißt es in Führungskreisen. So besinnt sich die Landespartei noch mehr auf ihren Anspruch, nicht Teil eines anderen Lagers zu sein, sondern ein eigenes zu bilden.

Was würden Sie tun, wenn Online-Streaming nur in Schleswig-Holstein erlaubt wäre?*

*Bislang hat nur Schleswig-Holstein die vorübergehende rechtliche Grundlage für ein legales Online-Glücksspielangebot geschaffen. In anderen Bundesländern gibt es keine Zulassung, obwohl der Online-Markt immer weiter wächst. Nur staatlich-konzessionierte Online-Angebote sichern Spieler- und Jugendschutz und dämpfen illegales Glücksspiel ein.

www.admiral-spielhalle.de

Mit über 450 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilialisten Deutschlands und steht gemeinsam mit seinem Sportwettgeschäft für ein legales, reguliertes und kontrolliertes gewerbliches Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL

MIT BLOCKCHAIN IN DIE CHAMPIONS LEAGUE

Von Bettina Stark-Watzinger, MdB

„Die Digitalisierung ändert alles“, konnten die Menschen auf unseren Wahlplakaten im Bundestagswahlkampf lesen. Vermutlich haben auch Sie sich damals beim Anblick dieses Slogans gefragt: Was meinen die Freien Demokraten? Nicht mehr und nicht weniger, als dass neue Technologien entstehen, die nicht nur effizienteres Arbeiten und neue Geschäftsmodelle ermöglichen, sondern Macht neu verteilen. So z. B. die Blockchain.

Zugegeben, der Begriff Blockchain lädt nicht gerade zum Träumen ein. Es geht aber um etwas sehr Wertvolles, um Vertrauen und die Möglichkeit, auf Basis dieses Vertrauens Geschäfte miteinander zu tätigen.

Zentrale Organisationen könnten der Vergangenheit angehören

Banken, Versicherungen, Anwälte und Notare – die Menschheit hat im Laufe der Zeit viele Institutionen und Organisationen geformt, um den Tausch von Wirtschaftsgütern zwischen Personen zu ermöglichen. Viele dieser Transaktionen sind teuer, ineffizient, dauern oftmals lange und sind darüber hinaus betrugsanfällig. Was das Internet für Informationen ist, kann die Blockchain für Transaktionen werden. Aber worum geht es bei der Blockchain?

Nehmen wir an, Sie würden einem Bekannten zehn Euro leihen und das Versprechen erhalten, das Geld am nächsten Tag zurückzubekommen. Am nächsten Tag kann sich Ihr Bekannter nicht mehr daran erinnern, zehn Euro von Ihnen erhalten zu haben. Es geht nicht nur eine Freundschaft auseinander, Sie ziehen die Konsequenz und werden mit diesem Bekannten keine weiteren Geschäfte eingehen. Nehmen wir nun an, Sie geben Ihrem Bekannten nicht nur zehn Euro, sondern schreiben diese Übertragung in eine Art Kassenbuch auf. Allerdings nicht nur in Ihres, sondern auch in das Ihres Bekannten und in alle übrigen Kassenbücher weltweit. Ihr Bekannter kann nun nicht mehr behaupten, er hätte kein Geld von Ihnen bekommen. Mit der Annahme der zehn Euro hat er dies in allen Kassenbüchern bestätigt. Nehmen wir weiter an, Ihr Nachbar leiht

Ihrem Bekannten ebenfalls zehn Euro. Auch diese Transaktion wird in das Kassenbuch eingetragen. Stellen Sie sich eine Excel-Tabelle vor, in der jede Transaktion nacheinander aufgeführt wird. Irgendwann ist die Tabelle gefüllt. Diese wird geschlossen und eine neue Tabelle angelegt. Vereinfacht gesagt, wird ein Block geschaffen. Jedem Block wird ein neuer Block angehängt – daher der Name Blockchain.

Die Blockchain gibt mehr Sicherheit

Das Besondere an der Blockchain: Die Informationsaufzeichnung der Blockchain funktioniert dezentral, sodass die Informationen nicht zentral auf einem Server einer Bank oder eines Unternehmens liegen, sondern vollständig auf vielen Computern verteilt sind. Jede Transaktion wird transparent erfasst.

Wenn Ihr Bekannter Sie betrügen möchte, reicht es nicht mehr aus, zu behaupten, er hätte das Geld nicht erhalten. Er kann auch keinen zentralen Server hacken, sondern müsste dies bei jedem einzelnen teilnehmenden Computer tun. Da dies nicht möglich ist, ist die Blockchain nicht manipulierbar. Ein untrügbares Gedächtnis.

Smart Contracts und Begrenzung von Marktmacht

Aber es geht nicht nur um Sicherheit und Vertrauen. Stellen Sie sich vor, Sie reisen mit der Bahn und kommen mit über einer Stunde Verspätung am Zielort an. Bisher haben Sie mit Formularen gekämpft und wertvolle Lebenszeit und Nerven verloren. Die Blockchain ermöglicht neue Wege, z. B. über Smart Contracts. Hierbei handelt es sich um Wenn-dann-Bedingungen, die Transaktionen automatisch und selbstständig unter den entsprechenden Konditionen abwickeln. Es handelt sich also nicht um klassische Verträge, sondern um Protokolle bzw. Algorithmen. Durch die Bedingungen, die als Smart Contracts in der entsprechenden Blockchain hinterlegt wären, würden Sie automatisch und unmittelbar einen Teil des Fahrpreises erstattet bekommen – ohne Bestätigung durch einen

Bahnmitarbeiter, ohne ein Formular ausfüllen zu müssen, ohne Prüfung des Formulars durch die Bahn und ohne langes Warten.

Bislang liefen Transaktionen zwischen Dritten in der Regel über Intermediäre wie z. B. Banken oder Anwälte. Diese haben Vertrauen geschaffen, in einigen Fällen aber auch eine teure Monopolstellung erlangt. Denken Sie an die Menschen, die jeden Monat zu hohen Kosten mit Western Union Geld in ihre Heimatländer schicken. Heute schon gibt es erste Blockchain-Plattformen, die den direkten Austausch des Geldes in Sekundenschnelle ohne teure Schnittstelle erlauben. Mittelsmänner werden überflüssig, da in der Blockchain zweifelsfrei die Echtheit der Information bestätigt werden kann.

Wenn es zentraler Institutionen durch die Blockchain nicht mehr bedarf, weil wir Transaktionen schneller, günstiger und sicherer erledigen, wird klar, was wir meinen, wenn wir von disruptiven Technologien sprechen, die unsere Wirtschaftsstrukturen und bestehenden Netzwerke revolutionieren werden.

Blockchain ist mehr als Bitcoin

Bekannt wurde die Blockchain durch Kryptowährungen wie z. B. Bitcoin. Die Blockchain ist aber mehr. Sie ist vergleichbar mit einem Betriebssystem wie Microsoft Windows. Kryptowährungen sind dagegen lediglich Softwareprogramme, welche das Betriebssystem nutzen. Viele weitere Anwendungsmöglichkeiten sind mit der Blockchain denkbar:

- Ein Wertpapierhandel ohne Banken oder der Kauf eines Hauses ohne Notar
- Ein Kühlschrank, der automatisch Milch nachbestellt, wenn diese leer wird
- Ein Zeitstempel und die daraus resultierende Bezahlung für die Nutzung von Mietobjekten
- Die Möglichkeit, dem Arzt ausgewählte Informationen der eigenen Krankenakte zur Verfügung zu stellen, in der alle Ihre Daten gespeichert sind
- Die Übertragung von geistigem Eigentum und Softwarelizenzen
- Die Öffnung von Türschlössern
- Elektronische Abstimmungen wie z. B. die Durchführung von Wahlen

Zukunft braucht Ideen und Mut

Noch ist die Blockchain ein großes Zukunftsversprechen. Die meisten Ideen sind unausgereift, eine Killer-Anwendung, die der Blockchain zum Durchbruch verhilft, steht noch aus, sodass sich das vollständige Potenzial derzeit nur erahnen lässt. Bis sich unsere Wirtschaftsstrukturen gravierend verändern werden, wird noch einige Zeit vergehen.

Mit der Verarbeitung immer weiterer Informationen wächst der Speicherbedarf und Transaktionen brauchen immer mehr Zeit. Das Betreiben der Blockchain kann zudem sehr energieaufwendig sein. Auch Fragen des Datenschutzes (z. B. das Recht auf Vergessen) müssen geklärt werden. Und ganz entscheidend: Die Blockchain muss trotz ihres disruptiven Charakters in komplizierte bestehende Systeme mit akzeptiertem rechtlichem und regulatorischem Rahmen integriert werden.

Keine dieser Hürden ist unüberwindbar und wenn die Blockchain-Technologie nachweisbar sicherer und günstiger über einen längeren Zeitraum funktioniert, kann es mit den gravierenden Strukturveränderungen schnell gehen.

„Wann ändert sich die Politik?“

Sie werden es gemerkt haben. Ich habe im Einleitungssatz den zweiten Teil unseres Plakat-Slogans weggelassen. Vollständig heißt er: „Die Digitalisierung ändert alles. Wann ändert sich die Politik?“

„Ein Land, das sich mehr mit Karl Marx beschäftigt als mit Blockchain, ist dabei den Anschluss zu verlieren.“

Christian Lindner, Partei- und Fraktionsvorsitzender



Was müssen wir also tun? Der Einsatz der Blockchain und Smart Contracts bedürfen eines angemessenen Rechtsrahmens. Gerade in derzeit stark regulierten Politikbereichen (Finanzen, Medizin, Energie) kann die Blockchain disruptiv wirken. Durch entsprechende Gesetzesänderungen kann der Einsatz der Blockchain ermöglicht, die angesprochenen noch vorhandenen Hürden abgebaut werden und Vertrauen bei den Marktteilnehmern wachsen. Angela Merkel hat beim Besuch des früheren US-Präsidenten Barack Obama im Jahr 2013 den viel zitierten Satz „Das Internet ist für uns alle Neuland“ gesagt, 20 Jahre nach der Entwicklung des World Wide Web.

Politische Entscheidungsträger dürfen nicht wieder so lange warten. Sie müssen dringend das Potenzial der Blockchain erkennen und offen für neue Chancen sein. Die Bundesregierung muss selbst alle Prozesse auf den Prüfstand stellen und fragen, ob sich staatliche Aufgaben durch eine Blockchain erledigen lassen. Warum nicht die deutsche Verwaltung zu einem Innovation-Lab machen? Warten wir nicht länger. Denken wir neu und steigen in die Champions League der IT-Innovationen auf.

Die Wende ist fällig

Von Wolfgang Clement

In Berlin ist „Jamaika“ gescheitert. Das war in der Sache verständlich, aber schade fürs Land. Denn jetzt haben wir schon die dritte „große Koalition“ in diesem noch recht jungen Jahrhundert. Und spätestens mit dieser vierten Kanzlerschaft Angela Merkels wird klar: Die Wende ist fällig. Und sie muss in den Ländern beginnen.

Warum? Schauen wir kurz zurück:

- Die erste „Groko“ (2005–2009) kennzeichnete, dass sie in Fortsetzung der Agenda 2010 zum ersten Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte die Lebensarbeitszeit zur gesetzlichen Rentenversicherung verlängerte, und zwar von 65 auf 67 Jahre. Und dass sie geholfen hat, unser Land im internationalen Vergleich recht gut über die globale Finanzkrise hinwegzubringen, und zwar namentlich durch die Förderung von Kurzarbeit (Stichwort: „Kurzarbeit Null“) und eine dementsprechende Stabilisierung des deutschen Arbeitsmarktes. Beides war richtig und hat unserem Land gutgetan.
- Die zweite „Große Koalition“ (2013–2017) hingegen war nur groß im Geldausgeben („Rente ab 63“ und „Mütterrente“), im Regulieren (Rollback von Agenda-Arbeitsmarktreformen – Zeitarbeit, Werkverträge, Mindestlohn, Entgeltgleichstellungsgesetz und sofort). Aber sie war ganz klein in der Zukunftsgestaltung: Bildung, Wissenschaft & Forschung, Digitalisierung, Steuerreform – fast durchweg Fehlanzeige. Folgerichtig ist Deutschland im „World Competitiveness Ranking“ des Institute for Management Development (Lausanne) seit 2014 vom sechsten auf den nunmehr 14. Platz abgerutscht, in der digitalen Wettbewerbsfähigkeit sogar auf Rang 17.
- Die dritte „Groko“ ist nun dabei, den fatalen Weg der Vorgängerin fortzusetzen. Weiter steigende Ausgaben in Renten (u.a. Mütterrente II und spätestens ab 2025 unhaltbar werdende „Haltelinien“ für Renten- und Beitragshöhen), Subventionen (Baukindergeld statt Steuersenkungen) und passive, also nicht aktivierende Sozialleistungen (Rückkehr zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) stehen ins Haus. Und immer kleinteiligere Eingriffe in die Verantwortung von Selbstständigen und Unternehmen (in Befristungen von Arbeitsverhältnissen, in die Handhabung von Voll- und Teilzeit-



© Paul Ripke

WOLFGANG CLEMENT

Bundesminister a.D.

jobs bis in die Vergabe von Hausarztterminen und Öffnungszeiten von Kassenarztpraxen) drohen. Diese Art Politik entwickelt immer stärker geradezu staatswirtschaftliche Züge. Sie gestattet sich zunehmend immer tiefer gehende dirigistische Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Und sie entfernt sich immer weiter von den Grundideen der Sozialen Marktwirtschaft. Am krasssten geschieht dies in der Energiepolitik, die weder mit den Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft noch mit dem europäischen Recht in Übereinstimmung ist. Dabei verfehlt sie – wie Otto Schily kürzlich beschrieb – alle denkbaren umweltpolitischen Ziele, leistet auch keinen nennenswerten Beitrag zum Klimaschutz, erfordert einen horrenden finanziellen Aufwand und schwächt so den Investitionsstandort Deutschland. Sie ist nicht zuletzt ein nationaler Alleingang und kein europäisch abgestimmtes Projekt und unter allen Gesichtspunkten ungeeignet, eine wettbewerbsfähige, versorgungssichere und nachhaltige Energieversorgung des Industriestandortes Deutschland zu gewährleisten. Es wird höchste Zeit, dass im Bund wie in den Ländern wie jetzt in Hessen endlich wieder die politischen Kräfte zum Zuge kommen, die wissen, was des Staates ist, und die deshalb nicht zulassen, dass er über allen und allem zu stehen kommt. Und die – wie es derzeit nur die Freien Demokraten tun – Bildung und Wissenschaft und Forschung absolute Priorität geben. Denn nichts ist wichtiger zur Stärkung von Freiheit und Verantwortung in unserem Land. Und nichts ist besser geeignet zur Schaffung von mehr Chancengerechtigkeit.

ERFOLGREICH VOR ORT

Innerhalb weniger Wochen wurden gleich drei Freie Demokraten in Hessen zu Bürgermeistern gewählt. Wir sagen: Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg in den neuen Ämtern. Wer wo erfolgreich gewesen ist, lesen Sie hier.

Bürgermeister in Mühltal

Willi Muth aus Mühltal wurde Anfang Februar zum ersten liberalen Bürgermeister in der Geschichte des Landkreises Darmstadt-Dieburg gewählt. Der 62-jährige Landwirtschaftsmeister und langjährige Kommunalpolitiker setzte sich in der Stichwahl mit 50,4 Prozent gegen seine sozialdemokratische Kontrahentin durch. Sein Wahlerfolg fand auch in der überregionalen Presse Beachtung.



Bürgermeister in Feldatal

Nur eine Woche nach dem Wahlerfolg von Willi Muth wurde mit Leopold Bach erneut ein Freidemokrat zum Bürgermeister gewählt. Der 30-jährige Diplom-Jurist ist der neue Verwaltungschef in Feldatal im Vogelsbergkreis. In der 2.500 Einwohner starken Gemeinde freute sich der gebürtige Münchner über einen Stimmenanteil von 81,7 Prozent.



Bürgermeister in Erbach

Seit dem Erfolg von Dr. Peter Traub bei der Bürgermeisterwahl in Erbach (Odenwaldkreis) werden insgesamt 14 hessische Rathäuser von Freien Demokraten geführt. Mit 60 Prozent hatte sich Traub überraschend deutlich im ersten Wahlgang gegen zwei weitere Kandidaten, darunter den Amtsinhaber von der CDU, durchgesetzt. „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe und bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam einen neuen Geist und einen Aufbruch in Erbach schaffen!“, so Traub nach seiner Wahl.



Starke Ergebnisse auch anderswo

Mit Axel Vogt (26,9 Prozent) und Natascha Baumann (37,2 Prozent) haben zwei weitere Freidemokraten starke Ergebnisse bei den Bürgermeisterwahlen in Egelsbach (Landkreis Offenbach) und Altstadt (Wetteraukreis) erzielt. Auch wenn es für den Rat haussessel diesmal nicht gereicht hat, freuen wir uns mit ihnen und danken für das tolle Engagement.



Wetterauer Landratswahl

Einen Achtungserfolg von 7,5 Prozent feierte Daniel Libertus aus Butzbach bei der Wetterauer Landratswahl im Frühjahr 2018. Der 36-jährige Rechtsanwalt trat als erster freidemokratischer Kandidat bei einer Landratswahl im Wetteraukreis an. Mit seinem Werben für mehr interkommunale Zusammenarbeit, bessere Bildungseinrichtungen und einen familienfreundlichen Landkreis konnte er punkten.



Solidarität braucht Freiheit

Spitzenkandidat René Rock stellt sich in einem Buch vor

RENÉ ROCK

Spitzenkandidat der Freien Demokraten zur Landtagswahl und Vorsitzender der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag



Im August erscheint im Frankfurter Societäts-Verlag das Buch „Solidarität braucht Freiheit. Für eine verantwortungsvolle Bürgergesellschaft“. René Rock stellt sich darin einem größeren Publikum vor. Interviewer André Uzulis arbeitet Rocks politische Überzeugungen anhand seines Lebensweges und seiner persönlichen Erfahrungen heraus. Das Vorwort hat Christian Lindner geschrieben. Auszüge:

Durch wen wurden Sie politisch zu dem, der Sie heute sind?

Mein politisches Interesse wurde sehr früh geweckt. Als Protestant bin ich in Seligenstadt in einem katholisch geprägten Umfeld aufgewachsen. Ich habe früh erlebt, was es bedeutet, einer Minderheit anzugehören. Damals, in den siebziger Jahren, waren die Grenzen zwischen Katholiken und Protestanten ja noch ganz streng gezogen. Ich gebe zu, ich habe Konflikte auch immer gern gesucht und mich mit anderen Meinungen auseinandergesetzt.

Wurde in Ihrer Familie über Politik gesprochen?

Mein Vater hatte klare politische Vorstellungen, die sich nicht unbedingt mit meinen deckten. Das ist wohl auch eher der Normalfall. Vater und Sohn eben ... Wirklich diskutiert über Politik wurde in meinem Elternhaus nicht. Der eigentliche Hort des politischen Austauschs war mein Freundeskreis.

Warum gingen Sie zu den Liberalen? Wer hat Sie dort besonders geprägt?

Es gibt manchmal Zufälle im Leben, die prägen einen auf Jahrzehnte. Ich hatte mich gerade von meiner Freundin getrennt und abends wieder Zeit. Eines Tages kam Guido Westerwelle nach Rödermark. Er hielt dort einen Vortrag als Generalsekretär der FDP. Ich bin hingefahren. Westerwelle hat eine solch begeisternde Rede gehalten, die mich ansprach! Ich fühlte mich persönlich abgeholt von ihm. In dem Moment habe ich mir gedacht: Da machst du mit, da bringst du dich ein. Kurz und gut, es war Guido Westerwelle, der mich für die liberale Sache begeisterte.

Wie war es für Sie, sich einer kleinen Partei anzuschließen?

Die große Motivation sich politisch zu engagieren und viel Energie aufzubringen liegt doch darin, dass aus einer Idee reale Politik wird. Es ist faszinierend zu sehen, wie ursprüngliche Minderheitenmeinungen zu allgemeinen Überzeugungen werden. Die Ostpolitik Anfang der siebziger Jahre gehört dazu. Oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Gerade wir Freie Demokraten sind doch oft politische Vordenker. Meine Erfahrung ist, dass man auch als Mitglied einer kleinen Partei Dinge umsetzen kann, von denen man zutiefst überzeugt ist. Es ist mühselig, aus einer Minderheitenposition politische Überzeugungsarbeit zu leisten, aber es lohnt sich.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Wirtschafts- und Sozialpolitik Verlags GmbH
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-14

REDAKTION

FDP-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Tatjana Hajmássy (V.i.S.d.P.)
Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Telefon 0611 350-576, Fax 0611 350-579
E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de
www.fdp-fraktion-hessen.de

FDP-LANDESVERBAND HESSEN

Michael Brückmann (V.i.S.d.P.)
Adolfsallee 11, 65185 Wiesbaden
Telefon 0611 99906-15
E-Mail: hessen@fdp.de
www.fdp-hessen.de

Das Magazin von Partei und Fraktion der Freien Demokraten Hessen erscheint zweimal im Jahr.

DRUCK AC medienhaus, Ostring 13, 65205 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Getty Images | Archiv der FDP-Fraktion | Archiv des FDP-Landesverbandes
Jürgen Lecher | Paul Ripke | Ludmilla Naumann | Privat